

# Auf Post aus Berlin wartet die EU bisher vergeblich

Lissabon-Prozess gerät ins Stocken. Sozialkommissar Spidla will Unternehmen und Regionen mit Anti-Globalisierungsfonds helfen.

VON UNSEREM REDAKTEUR  
RALPH ALLGAIER

**AACHEN.** Er hat im Sägewerk gearbeitet, auf dem Bau und in der Molkerei. Er war Kullensenschieber im Theater. Beharrlich hat sich Vladimir Spidla nach oben gearbeitet. Der 54-jährige brachte es 2002 bis zum Premier seines Heimatlandes Tschechien. Heute ist er EU-Kommissar für Arbeit und Soziales, und die eigene Herkunft dürfte ihn für diesen Posten durchaus prädestinieren, kennt er doch die Bedürfnisse derjenigen, die ein kärgliches Dasein fristen, aus eigener Erfahrung. Doch wirkliche Macht, das wurde bei einem Besuch Spidlas im Aachener Ludwig Forum deutlich, hat er in seinem Brüsseler Amt nicht.

Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik sind eben klassische Felder nationaler Politik; dem EU-Kommissar kommt dabei vor allem die Aufgabe zu, flankierend mitzuwirken. Wenn es um Arbeitsbedingungen,

Gesundheitsschutz oder Chancen-gleichheit geht, sei er gefragt, sagte Spidla. Zudem versucht die Kommission, über eigene Initiativen Einfluss zu nehmen. Zum Beispiel mit dem geplanten Anti-Globalisierungsfonds, dessen Finanzmittel Branchen und Regionen zugute kommen sollen, die im weltweiten Konkurrenzkampf unter Druck geraten, wie etwa die Textil- oder Zuckerindustrie. Erste Voraussetzung für EU-Zuwendungen sei eine reelle Chance, ein ins Schlingern geratenes Unternehmen wieder auf Kurs zu bringen, betonte Spidla. Noch freilich sind alle derartigen Pläne mit einem

dicken Fragezeichen zu versehen. Denn ob die EU-Mitgliedstaaten bei ihren ohnehin schwierigen Finanzverhandlungen noch Geld für den Anti-Globalisierungsfonds haben, bleibt ungewiss.

Ebenso auf Eis liegt weiter die umstrittene Dienstleistungsrichtlinie. Spidla hält sie im Prinzip für vernünftig, weil damit auch neue Arbeitsplätze geschaffen werden könnten. Parallel müssten in den Nationalstaaten aber auch so genannte Entsenderichtlinien gelten. Diese sehen bestimmte soziale Standards wie einen Mindestlohn vor. Doch der muss in Deutschland bisher nur von der

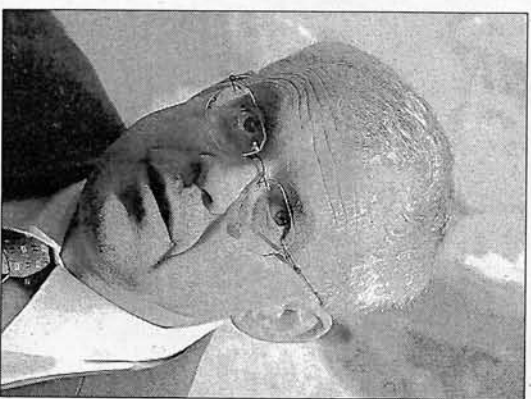
Bauindustrie gezahlt werden, weshalb die Angst vor polnischen Arbeitern, die ihre Tätigkeit zum Beispiel in Schlachthöfen für Billigrife anbieten, hierzulande zu einer breiten Ablehnung der Dienstleistungsrichtlinie geführt hat. Hat selbige also noch eine Zukunft? Spidla zuckt mit den Schultern. Die EU-Staaten müssen sich einig sein. In ihrer jetzigen Form jedenfalls scheint sie nicht zu kommen.

Der „Lissabon-Prozess“, der die EU bis 2010 zum wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt machen soll, ist gleichfalls ins Stocken geraten. Von den ehrgeizigen Zielen ist Brüssel mittlerweile enternert. Bis Ende Oktober sollte Deutschland wie alle anderen EU-Mitglieder einen nationalen Umsetzungsplan für den Lissabon-Prozess einreichen. Doch bisher wartet die Kommission vergeblich auf Post der Bundesregierung. Wer in der Bundesrepublik für die Angelegenheit überhaupt

## „Eine Mittelklasse-Behandlung für jeden“

► „Gibt es überhaupt so etwas wie ein europäisches Sozialmodell?“ Spidla legt sich auf ein eindeutiges Ja fest und verweist auf das gemeinsame Ziel der Solidarität und Chancengleichheit, auf ähnliche Renten- und

Gesundheitssysteme. „In Europa bekommt jeder im Krankenhaus zumindest eine Mittelklasse-Behandlung. Ganz im Gegensatz etwa zu den USA, wo tatsächlich nur die Mittelklasse selbst dieses Recht erhält.“



Kämpf für die Dienstleistungsrichtlinie: EU-Sozialkommissar Vladimir Spidla. Foto: Markus Schuldt  
verantwortlich ist, weiß Spidla nicht. Offenbar wird das Projekt in Berlin nicht gerade mit Hochdruck verfolgt.